

1. Beratung des Budgets 2022 und des Finanzplans 2022-2025, Fortsetzung der Ratsdebatte

Seite 83, Hochformat
IPR0185

Verwaltung u. Projektierung SH VK Geräuscharme Vollelektrokehrmaschine (Ersatzbeschaffung)

Martin Schlatter (SVP): Ich spreche zum IPR0185 auf Seite 83 im Hochformat und im Oktoberbrief auf Seite 25. Es ist geplant, eine im Jahr 2016 gekaufte Vollelektrokehrmaschine zu ersetzen. Die veranschlagten Kosten belaufen sich auf 280'000 Franken. Gemäss Oktoberbrief erfolgt deren Einsatz in der Stadt Schaffhausen mit erfolgsneutraler Abgeltung. Somit ist die Sache eigentlich für den Kanton gegessen, da die Kosten von der Stadt getragen werden oder sollten. Trotzdem stellen sich mir einige Verständnisfragen. Erstens: Weshalb ist der Kanton für die Anschaffung verantwortlich, wenn die Maschine in der Stadt eingesetzt wird? Weshalb wird diese nicht durch die Stadt selbst beschafft? Zweitens: Alleine die Abschreibungskosten belaufen sich auf über 1'000 Franken pro Woche bzw. 56'000 Franken pro Jahr. Bei den Detailzahlen im Querformat auf Seite 168 erscheinen zwar die Kosten von 280'000 Franken, aber bei den Einnahmen erscheint nichts. Sehe ich falsch, dass auf der Einnahmenseite ein wesentlicher Betrag fehlt oder wo wird dieser ausgewiesen? Meiner Meinung nach müsste alleine für die Abschreibung ein Betrag von 56'000 Franken erscheinen. Aber vielleicht bezahlt das ja die Stadt. Drittens: Weshalb wird bei einer solchen Maschine nur mit einer Sollnutzung von fünf Jahren gerechnet, wie es im Oktoberbrief erwähnt ist? Bei einem Elektroauto besteht meist eine Garantie auf die Batterie von acht Jahren. Hat oder hatte diese Vollelektrokehrmaschine eine solche Ausnutzung, dass diese nach nur fünf Jahren ihr Nutzungsende erreicht hat? Oder gibt es dafür andere Gründe?

Regierungsrat Martin Kessler (FDP): Ich hatte soeben vor, dem Kantonsingenieur, Dino Giuliani zu schreiben und wollte ihm diese Frage stellen. Ich kann diese Frage in dieser Detailliertheit nicht beantworten, wie Martin Schlatter möchte. Das sind Fragen, die idealerweise im Vorfeld der Budgetdebatten gestellt würden. Die Kosten der Infrastruktur, Positionen der Geräte, die Tiefbau Schaffhausen auch im Einsatz für die Stadt Schaffhausen hat, werden immer durch den Kanton beschafft. Bei der Zusammenführung von den zwei Tiefbauämtern wurden die gesamten Gerätschaften von Tiefbau Schaffhausen übernommen und sind jetzt im Besitz des Kantons. Dementsprechend müssen auch wir Ersatzbeschaffungen finanzieren. Aber das wird dann wieder an die Stadt weiterverrechnet und

ich gehe davon aus, dass das im Rahmen der Vollkostenrechnung der Betriebskostenabrechnung, die gemacht wird, dann auch entsprechend an die Stadt überwältzt und nicht mit einem einzelnen Investitionsbeitrag der Stadt wieder abgegolten wird. Aber ich kläre die Detailfragen gerne ab und gebe Martin Schlatter die Antworten.

**Seite 90, Hochformat
3158, SW-Unterhalt KSD**

Erich Schudel (SVP): Ich habe nur eine kurze Frage. Im Budget 2022 ist rund eine halbe Million mehr Software-Unterhalt budgetiert. Ich gehe davon aus, dass das Einnahmen für die KSD sind und meine Frage ist: Betrifft dies nur kantonale angehängte Stellen oder sind auch Gemeinden, die sich der KSD anschliessen mitbudgetiert? Mich interessiert, was diesen grossen Unterschied im Budget ausmacht.

Regierungsrat Walter Vogelsanger (SP): Mir geht es wie Regierungsrat Martin Kessler: Auch in diesem Fall wäre es gut gewesen, wenn ich das vorher gewusst hätte. Aber ich gehe davon aus, dass es so ist, wie du sagst, dass auch die Gemeinden enthalten sind. Es wird ja hier die ganze KSD dargestellt und nicht nur der Kantonsanteil.

Kantonsratspräsident Josef Würms (SVP): Somit haben wir das Budget 2022 beraten, jedoch noch ohne Lohnmassnahmen und den Steuerfuss. Somit kommen wir jetzt zu den Lohnmassnahmen.

GPK-Präsidentin Eva Neumann (SP): Während den Beratungen von der GPK wurde ein Antrag gestellt, dass zusätzlich zu den 0.5% und 0.5 %, die im Budget bereits beinhaltet sind, 1% strukturelle Lohnerhöhung gesprochen werden. Dieser Antrag wurde in der GPK mit fünf zu drei Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Dann kam ein Antrag für eine Einmalzulage an das Personal, inklusive Gerichte Schaffhauser Sonderschulen, Pädagogische Hochschule Schaffhausen und Spitäler Schaffhausen in der Höhe von 3 Mio. Franken, zulasten der Rechnung 2021. Die GPK hat diesen Antrag mit sechs zu zwei Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Ich wiederhole: Es ist eine einmalige Zulage und soll die Rechnung 2021 belasten. Sie wird mit der Steuerfussenkung verknüpft. Diese Einmalprämie soll nur zum Tragen kommen, wenn auch die Steuerfussenkung von 8% bewilligt wird.

Regierungsrätin Cornelia Stamm Hurter (SVP): Wir haben Ihnen im Schreiben vom 9. November 2021 nochmals dargelegt, auf was wir Wert

legen. Wir erachten es nicht für sinnvoll, wenn man jetzt eine Einmalzahlung macht. Die Gelder sind dann ausgegeben und verpufft. Wir sind dafür, dass wir etwas Nachhaltiges tun. Es wurde heute mehrfach betont, dass wir quasi noch 1% schuldig sind. Im Jahr 2016 hat man immer davon gesprochen, dass man 3% strukturelle Lohnerhöhungen machen sollte. Es fehlt noch 1%. 2% haben wir eigentlich ausgeglichen. Wir wollen nicht gar so weit gehen und gar ein ganzes Prozent fordern. Wir finden, man müsste das *step by step* machen. Aber wir möchten gerne, dass man ein halbes Prozent nachführen würde. Ich habe mir noch zu Gemüte geführt, was seit 2006 an Lohnerhöhungen geschehen ist. Ich bin mir bewusst, dass wir zwischendurch noch eine Revision hatten. Das höchste der Gefühle, das wir einmal hatten, war 2009. Da hat man generell 2.5% und individuell 1% gegeben. Das ist aber schon lange her. Es gab auch Jahre, in denen es nichts gab. Im Jahr 2012 gab es nur 0.2% für Spezialmassnahmen für gewisse Kategorien.

Wir hatten auch 2015 einer Nullrunde und seit 2016 gab es immer wieder individuelle und strukturelle Anpassungen. Im Jahr 2019 gab es, wie ich schon erwähnt habe, 0.25% und 2020 1.75% strukturelle Lohnerhöhung. Dieses Jahr schlagen wir Ihnen 1% vor. Das sehen wir für eine individuelle Lohnerhöhung, da ist ein halbes Prozent aus den Mutationsgewinnen plus ein halbes Prozent, das wir strukturell einsetzen möchten. Es geht uns vor allem darum, dass wir die Aufholsituation vervollständigen können und bitten Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Christian Heydecker (FDP): Unsere Fraktion wird den Anträgen der GPK vollumfänglich zustimmen und ich bitte Sie, den Antrag der Regierung abzulehnen.

Ich verschliesse mich nicht einer Diskussion über die Frage, inwiefern ein strukturelles Problem besteht bei den Löhnen – aber nicht zum heutigen aktuellen Zeitpunkt. Weshalb nicht? Ich habe vor zwei Jahren einen Vorstoss eingereicht, der verlangt hat, dass die Lohnentwicklung, die Lohnpolitik der Spitäler vom kantonalen Personal abgekoppelt wird. Die Gründe sind Ihnen bekannt. Vor anderthalb Jahren hat dieser Rat dieser Motion zugestimmt.

Seither ist nichts geschehen. Ich habe in meinem Vorstoss erwähnt, dass es um die Änderung eines Artikels im Spitalgesetz geht. Ich habe in der Gesundheitskommission gesagt, hätte man mir den Auftrag gegeben, eine entsprechende Vorlage zu machen, hätte ich das in 14 Tagen geschafft. Wir warten jetzt seit anderthalb Jahren, bis die Regierung uns diese Vorlage bringt. Solange diese Vorlage nicht bei uns ist, weigere ich mich, einer strukturellen Anpassung zuzustimmen, weil das wie gesagt auch die Spitäler betrifft. Ich habe heute gehört – ich bin mir nicht ganz sicher, ob ich das richtig interpretiert habe – dass die Finanzdirektorin die Absicht hat,

diese marginale einfache Änderung mit den beiden Postulaten zu verknüpfen, welche eine Totalrevision des Personalrechts verlangen. Wenn das wirklich die Absicht des Regierungsrats ist, warten wir bis zum Sankt-Nimmerleinstag bis wir diese Abkoppelung in trockenen Tüchern haben. Das ist nämlich eine Riesenübung, welche verlangt wird und die ich auch unterstütze. Aber das wird nicht in den nächsten ein bis zwei Jahren über die Bühne gehen. Ich erwarte, dass der Regierungsrat jetzt vorwärts macht und uns im nächsten Jahr eine einfache Vorlage vorlegt, sodass wir diese beraten und beschliessen können. Allenfalls gibt es noch eine Volksabstimmung und dann haben wir auf das Budget 2023 hin eine neue Ausgangslage. Heute bin ich bei dieser Ausgangslage nicht bereit, über strukturelle Änderungen zu diskutieren und das hat der Regierungsrat zu beantworten.

Ich bin einverstanden und unsere Fraktion schliesst sich dem an, dass wir eine einmalige Zulage machen – auch um den guten Willen des Parlaments zu dokumentieren. Ich glaube, das ist der richtige Weg und ja, wir werden uns den Anträgen der GPK anschliessen.

Patrick Portmann (SP): Die SP-Fraktion stellt sich einstimmig hinter die seitens der Regierung angebrachten strukturellen Lohnmassnahmen für konkurrenzfähige Löhne im Vergleich mit den Nachbarkantonen. Der Kanton Schaffhausen wächst und mit ihm zusammen des Service Public, Pflege, Lehrkräfte und die Polizei machen über 80% der gesamten Kantonsangestellten aus. Dieses Personal ist – wissen wir spätestens seit der Coronakrise – systemrelevant und wird dringend benötigt. Der Fachkräftemangel ist ein grosses Thema. Die Lohnmassnahmen sind nicht alles, aber ein nicht unwesentlicher Bestandteil. Von bürgerlicher Seite werden immer wieder Beispiele aus der Privatwirtschaft genannt und das greift meines Erachtens nach einfach viel zu kurz. Auf dem Bau, bei den Banken, im Detailhandel oder auch im lokalen Gewerbe fehlen nicht so viele Personen in der Anzahl, wie das beim Kanton ist. Wie beispielsweise bei den Lehrpersonen – das haben wir heute auch gehört – oder eben bei der Pflege und bei der Polizei.

Es ist angezeigt etwas zu tun – auch wenn das, was jetzt getan wird, nur ein erster Schritt in die richtige Richtung ist. So ist es doch ein wichtiger. Mir ist es an dieser Stelle wichtig, nochmals den für die Bevölkerung wichtigen Service Public hervorstreichen. Um diesen in einer einzigartigen Qualität ausführen zu können, benötigen wir gut ausgebildetes Personal. Dieses gilt es zu stärken. Ich bitte Sie: Helfen sie mit. Seitens SP-Fraktion ist es so, dass wir die Einmalzulage zwar durchaus unterstützen, aber es ist nicht so, dass wir auf die strukturellen Lohnmassnahmen verzichten würden oder wollten. Das ist einfach kein Ersatz oder eine Einmalzahlung ist kein Ersatz für die strukturellen Lohnmassnahmen.

Kurt Zubler (SP): Wenn ich Christian Heydecker richtig verstanden habe, wäre er eigentlich der Meinung, dass es diese strukturellen Lohnmassnahmen bräuchte. Wahrscheinlich wäre er sogar der Meinung, dass es 1% bräuchte, weil das ja angezeigt ist. Wir haben mehrfach gehört – und das ist eigentlich einfach klar – dass wir bei uns im Kanton Schaffhausen ein Lohnproblem haben.

Jetzt verknüpft er das quasi mit seinem Vorstoss, wonach die Regierung schuldig ist. Herr Montanari hat heute einmal gesagt, die Medien sollen uns dann sagen, dass wir das mit der SNB richtig verstehen. Dann sprechen Sie – liebe Medienvertretende – auch mit dieser Seite. Erstens ist es ja auch so, dass das Pflegepersonal in den Spitälern genau diese Lohnmassnahmen braucht. Denn auch genau dort haben wir ein Riesenproblem und das an ihren Vorstoss zu knüpfen, finde ich in dieser Situation oder Machtpolitik zynisch. Oder Sie wollen einfach so vor der Verantwortung drücken und diese an die Regierung abgeben. Aber wir im Kantonsrat bestimmen hier und heute über diese Lohnmassnahmen. Sie liegen auf dem Tisch. Jetzt quasi zu sagen, ich würde schon zustimmen, wenn die früher und schneller gewesen wären, finde ich, geht nicht. Sie nehmen sich aus der Verantwortung. Stehen Sie dazu. Sie wollen diese Lohnerhöhungen nicht anerkennen und ihr nicht zustimmen, obwohl sie gesagt haben, wir haben 400 Mio., die wir verteilen müssen. Obwohl wir gehört haben, wie gut es dem Kanton geht. Obwohl sie 8% Steuerfusssenkung wollen, sagen Sie, dass das für das Personal nicht infrage kommt, weil die Regierung gezauert hat. Das finde ich ziemlich «gschämig».

Daniel Preisig (SVP): Gerne erläutere ich nochmals die Haltung der SVP-EDU-Fraktion. Ich habe das heute Morgen früh schon getan, aber vielleicht erinnern sich nicht mehr alle daran. Für uns ist klar: Strukturelle Lohnmassnahmen, die diesen Namen verdienen, benötigen eine Anpassung des Personalgesetzes. Wenn wir jetzt einfach ein paar Prozent mit dem Budget beschliessen, erhalten das trotzdem wieder praktisch alle Mitarbeitenden. Also wir haben eine Giesskanne und das wollen wir nicht. Wir wollen ganz gezielt reagieren können. Deshalb kommt das für uns nicht in Frage, dass wir heute mehr als diese 1% Lohnsummenentwicklung beschliessen, also 1% gemäss GPK davon 0.5% Mutationsgewinne.

Die Einmalprämie, die die GPK vorschlägt, sind wir bereit zu unterstützen, sofern die Steuersenkung um mindestens 8 Prozentpunkte erfolgt. Weshalb sind wir für diese Einmalprämie? Damit können gute und sehr gute Leistungen von den Mitarbeitenden spürbar belohnt werden. Es gibt dann einmal einen grossen Betrag, so wie das in der Privatwirtschaft auch üblich ist. Wir haben weiter einen Vorteil, dass wir heute keine wiederkehrende Belastung der Erfolgsrechnung beschliessen. Wir erhalten uns den finanz-

politischen Spielraum und das ist aus unserer Sicht dringend nötig, da verschiedene Themen unsicher sind. Ich habe das auch schon gesagt – Stichwort Unternehmenssteuern, NFA und Nationalbank. Den letzten Punkt hat auch Kantonsrat Christian Heydecker herausgeschält. Wir wollen keine Probleme für die Spitäler Schaffhausen. Die SVP-EDU-Fraktion unterstützt deshalb die Anträge der GPK.

Arnold Isliker (SVP): Wir jammern immer über zu wenig Personal – ob Lehrer, Polizei oder Pflege. Blicken wir zurück. 20 Jahre war ein Lehrer oder eine Lehrerin für 25 Schüler zuständig. Heute hat es mindestens drei Lehrer in einer Klasse. Was noch für pädagogische Ausbildungen und so weiter dazukommt, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber ich war in der Schulbehörde und hatte Einsicht. Dasselbe ist es bei dem Pflegepersonal. Baut doch endlich die Hürden für den administrativen Aufwand ab und macht euch dafür stark. Alle jammern, dass sie viel zu viel Zeit für den administrativen Aufwand brauchen. Für die Pflege haben sie eigentlich gar keine Zeit mehr. Aber das ist eigentlich ihre Aufgabe: Pflegen und nicht administrative Aufgaben. Ich habe Verständnis, dass Listen ausgefüllt werden müssen, aber hören Sie sich unter dem Pflegepersonal um. Wir jammern immer wegen den Zürcher Gemeinden. Was glauben Sie, was die süddeutschen Gemeinden jammern, wenn wir dort das Personal absaugen. Sie können doch nicht immer Äpfel mit Birnen vergleichen. Dann betrachten Sie auch die Lebenshaltungskosten. Ich erwähne nur ein Stichwort: Mietzinse ennet dem Rhein. Von Bülach und Zürich mag ich gar nicht sprechen. Wenn ich dorthin muss, brauche ich ein Auto oder die Bahn je nachdem wie ich arbeite. Und was kostet ein GA und was kostet ein Auto? Das, um euch auf den Weg zu geben. Es wird wegen den Löhnen auf hohem Niveau gejammert. Betrachten Sie auch den Meridianlohn. Warum arbeiten viele Leute nur noch 70 oder 80% in diversen Betrieben? Weil sie Kinder bekommen. Ich auch. Enkel.

1. Vizepräsident, Stefan Lacher (SP): Lieber Arnold Isliker: Vielleicht gehst du wieder einmal in eine Schule oder in ein Schulzimmer. Dann siehst du die Anzahl Lehrpersonen. Weiter über eins kommst du in der Regel nicht. Ich will noch kurz auf das Feigenblatt der Spitäler kommen. Christian Heydecker: Du weisst doch genauso gut wie ich, dass im ersten Jahr die Spitäler, die Lohnmassnahmen von Kanton mitgetragen bekommen. Also in diesem Jahr sollte der Regierungsrat deinen Vorstoss zumindest wieder hier in den Rat bringen. Also für ein Jahr sind die Spitäler abgefedert. Da müssen wir uns keine Sorgen um diesen Betrieb machen.

Raphaël Rohner (FDP): In Ergänzung zu den Ausführungen von Fraktionskollege Christian Heydecker möchte ich noch folgendes festhalten: Es

ist klar, dass unsere Fraktion die Lohnsummenentwicklung von 1%, so, wie vom Regierungsrat beantragt, unterstützt. Damit haben wir im übrigen auch dieselbe Entwicklung, wie sie in der Stadt vom Grossen Stadtrat ebenfalls bewilligt worden ist. Zweitens: Die Einmalzahlung ans Personal soll ein Dank für gute Leistungen sein. Der Service Public ist sehr gut. Das Personal hat ebenfalls dazu beigetragen, dass wir finanziell so gut dastehen. Indem die Einmalzahlung dem Rechnungsjahr 2021 angelastet werden soll, können wir mit sofortiger Wirkung ein Zeichen der Wertschätzung setzen. Dritter Punkt: Ich gehe nicht ganz einig mit der Einschätzung der Regierung in Bezug auf die Frage der Umsetzung der Postulate von Rainer Schmidig und mir sowie von Katrin Huber und mir.

Tatsächlich geht es hier ja um das Personalrecht als solches, aber es geht nicht um alle Bestimmungen, sondern es geht um die Bestimmungen, um die Abschnitte, wo die Besoldung geregelt ist und auch die entsprechende lohnmassige Entwicklung und das kann im Rahmen einer Teilrevision erledigt werden.

Eine solche Vorlage wäre allenfalls sogar erfolgreicher als die gross angekündigte nun doch nicht so hochfliegende anstehende Vorlage zur Finanzierungsentflechtung. Noch ein Hinweis zu Arnold Isliker: Es ist nicht vergleichbar, was wir heute an Anforderungen an unsere Lehrpersonen stellen müssen, wenn wir unsere Zeiten in den 60er und 70er-Jahren beiziehen oder auch die Situation vor 20 Jahren.

Es ist sehr anspruchsvoll, was unsere Lehrpersonen zu bewältigen haben, nicht nur intellektuell, sondern auch in Bezug auf erzieherische Aufgaben, die früher zu Hause erledigt worden sind. Wir haben eine Heterogenität, die sehr anspruchsvoll ist und wir haben tatsächlich aktuell – ich spreche jetzt für die Stadt Schaffhausen – eine Situation, wo wir in eine schwierige Situation in Bezug auf die Rekrutierung von Lehrpersonen hineingleiten. Da wäre uns bereits gedient, wenn man diejenigen niederschweligen Verbesserungsmassnahmen einleiten würde, die die Regierung in eigener Kompetenz, beispielsweise in Anpassung der Lehrerverordnung entsprechend Lehrerbeförderungsverordnung beschliessen könnte. Es geht hier ja unter anderem auch um die Frage der Besoldung von Lehrpersonen, die nicht in denjenigen Stufen unterrichten, wofür sie ein Diplom haben, dies aber sehr gut machen und trotzdem einen Lohnabzug haben. So etwas ist in diesen Zeiten einfach kaum mehr zu akzeptieren und ich bitte daher die Regierung und insbesondere auch das Erziehungsdepartement, sich dieser Angelegenheit sehr rasch anzunehmen. Sonst werden wir im Kanton Schaffhausen – aber vor allem auch in den grossen Gemeinden – in ein grosses Problem hineinschlittern, das zu bewältigen nicht ganz einfach ist. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Anträgen des Regierungsrats so wie gestellt, in der ursprünglichen Botschaft und dem Antrag der GPK im Inte-

resse des Personals zuzustimmen und vor allem auch jetzt für die Lehrpersonen endlich die geeigneten Massnahmen in die Wege zu leiten, dass wir wieder Handlungsspielraum in den Gemeinden haben und konkurrenzfähig sind.

Regierungsrat Patrick Strasser (SP): Zu den Ausführungen von Raphaël Rohner kann ich sagen, dass wir in den letzten Tagen die alljährliche Schulpräsidententagung hatten. Dort habe ich darauf hingewiesen, dass es wahrscheinlich noch etwas länger dauert, bis wir einen grösseren Wurf im Bereich der Lohnmassnahmen im Kanton Schaffhausen haben. In der Zwischenzeit sollen niederschwellige Massnahmen geprüft werden. Mit niederschwellig sind Massnahmen gemeint, die auf Regierungsebene beschlossen werden können.

Matthias Freivogel (SP): Wenn wir einen sehr guten Abschluss für das Jahr 2021 am Horizont haben, muss für das Personal eine angemessene Summe – das sind diese 3 Mio. Franken – zur Verfügung gestellt werden. Das hat aber nichts damit zu tun, was wir für 2022 machen. Wenn Sie das verknüpfen, ist das reine Erpressung und so geht das nicht. Wir müssen das separat behandeln und wir lassen uns auch nicht auf diese Erpressung ein

Sie verlangen 8% Steuersenkung. Und in einem Jahr ist es immer noch 8% gesenkt. Das geht nicht wieder 8% hoch. Acht und acht und acht und acht, das ist nachhaltig.

Wenn Sie dann beim Personal einfach sagen, dann machen wir nichts Nachhaltiges, ist das einfach nicht angemessen. Ich verweise sie auch auf das Legislaturprogramm 2021-2024. Da steht auf Seite 35 unter dem strategischen Ziel: «Sicherstellung eines qualitativ hochwertigen und kostengünstigen Service Public und einer modernen leistungsorientierten Verwaltung. Überprüfung der Lohnstruktur und gegebenenfalls Änderungen des Personalrechts, Gewinnung und Erhaltung von geeigneten und qualifizierten Mitarbeitenden». Genau um das geht es jetzt und das hat die Regierung ja gesagt. Sie möchte das schrittweise erreichen und wir sind jetzt daran und sollten bei der herrschenden Finanzlage diesen weiteren Schritt jetzt tun. Herr Kollege Preisig, Sie sagen, wir wollen keine Probleme im Spital. Mit Blick auf das Personal haben Sie gesagt. Wir haben Probleme im Spital mit dem Personal, weil es zu wenig hat, weil zu wenig gefunden wird, weil sie möglicherweise nicht mehr genügend Personal haben, um die Intensivstationen zu betreiben. Das ist das Problem des Spitals mit dem Personal und dem können wir entgegenwirken, indem wir das Personal angemessen entlohnen. Das ist die Krux der ganzen Geschichte, die Sie endlich erkennen sollten.

Regierungsrätin Cornelia Stamm Hurter (SVP): Ich möchte nur noch zwei, drei Dinge zu den beiden Postulaten von Katrin Huber und Raphaël Rohner sowie von Raphaël Rohner und Rainer Schmidig hinzufügen. Ich möchte nochmals in Erinnerung rufen, dass Sie diese beiden vereint und den Regierungsrat eingeladen haben, die Möglichkeiten zu überprüfen, um angemessene und zukunftsgerichtete Besoldungen sicherzustellen und die Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen. Bei beiden Postulaten war das der Kern und ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang mitteilen, dass wir eine Orientierungsvorlage bringen werden. Diese haben wir bis jetzt leider noch nicht fertigstellen können, weil wir in unserem Departement noch andere Aufgaben haben, die der Erfüllung harren. Aber wir werden Ihnen im nächsten Quartal eine Orientierungsvorlage zukommen lassen. Dort werden Sie sehen, wie der Regierungsrat plant, weiter vorzugehen.

Es gibt hier sehr differenzierte Ansätze. Uns ist sehr wohl bewusst, dass wir die Motion von Christian Heydecker anders anpacken müssen wie die beiden Postulate. Kernpunkt dieser beiden Postulate ist die Konkurrenzfähigkeit. Wir müssen schauen, inwiefern und wo wir mit den umliegenden Kantonen konkurrenzfähig sind und das ist – denke ich – der Aufhänger der ganzen Sache.

Peter Neukomm (SP): Es ist ja ein Déjà-vu. Jedes Jahr dasselbe.

Wir haben – und ich rede jetzt hier auch als Personalreferent der Stadt mit 1700 Mitarbeitenden – massive Probleme bei der Wiederbesetzung von wichtigen Stellen im Service Public. Diese Probleme verschärfen sich laufend, jeden Monat, und zwar nicht nur bei den Lehrpersonen, sondern auch in der Altersbetreuung, im Bereich Bau, im Bereich Finanzen. Es gibt diverse weitere Bereiche, wo wir die Leute nicht mehr finden. Das wirkt sich irgendwann und zwar relativ bald negativ auf die Leistungen zugunsten unserer Bevölkerung aus. Damit auch negativ auf die Standortqualität, auf die Standortattraktivität unseres Kantons und das kann ja wohl nicht das Ziel sein. Ich möchte diese Schäden nicht in Kauf nehmen. Wenn das andere wollen, finde ich das fahrlässig. Ich finde, dass die Regierung endlich die erteilten Aufträge an die Hand nehmen muss, um die Konkurrenzfähigkeit der Löhne im Vergleich zu unseren Nachbarkantonen endlich zu verbessern. Weil wir noch nicht soweit sind, ist es umso wichtiger, dass im Rahmen des Budgets unsere Attraktivität als Arbeitgeberin wieder Signale gesetzt werden. Wenn wir heute wiederkehrend über 20 Mio. Franken Einnahmen dem Kanton entziehen können, sollte es doch auch möglich sein, dem Personal wiederkehrend etwas zu geben und zwar so, dass es sich auch positiv auf die Attraktivität auswirkt. Wir sind dringend auf unsere guten Leute beim Kanton und bei der Stadt angewiesen. Also machen Sie jetzt davon Gebrauch. Wir haben die Möglichkeit, jetzt ein wichtiges Signal zu setzen. Unterstützen Sie den Antrag der Regierung und wir hoffen alle,

dass wir bald eine Vorlage erhalten, um diese unhaltbare Situation endlich zu verbessern.

Erwin Sutter (EDU): Ich spreche vor allem im Hinblick auf das Spital und in dieser Sache komme ich auch den Neubau zu sprechen. Wir hatten im Jahr 2020 1,75% Lohnerhöhung gewährt. Das hat den Businessplan des Spitalneubaus aus den Fugen gebracht. Das kann ich Ihnen sagen, weil diese Lohnerhöhungen sind jetzt wirklich nachhaltig; nicht für den Kanton, aber für das Spital.

Die Folge war, dass ein Stockwerk weggefallen ist. Eine der Ursachen war die Lohnerhöhung von 1.75% im Jahr 2020. Ich war damals in der Gesundheitskommission. Wenn Ihnen das Spital wirklich am Herzen liegt und der Neubau auch wirklich gebaut wird, müssen Sie mit diesen grossen Lohnerhöhungen warten, bis das Personal aus dem kantonalen Personalrecht ausgekoppelt ist. Dann können wir wieder reden. Aber wenn Ihnen das Spital am Herzen liegt, passen Sie auf und seien Sie vorsichtig mit allzu grossen Lohnerhöhungen.

Lorenz Laich (FDP): Es ist legitim, wenn Vertreterinnen und Vertreter, die das Personal öffentlicher Dienste vertreten, sich hier zu Wort melden. Ich möchte den Gegenpol stellen, da ich Personal vertrete, welches in der Privatwirtschaft tätig ist. Im Rahmen der Meinungsbildung, die jetzt sehr auf das Personal öffentlicher Dienste ausgerichtet ist, welches solide Arbeit macht, möchte ich nichts dagegensprechen. Aber ich möchte auch noch eine Lanze für die Mitarbeitenden in unserem Kanton brechen, die in der Privatwirtschaft arbeiten. Es gibt sehr viele Unternehmungen, die unter Umständen ihren Mitarbeitenden keine Lohnerhöhungen auszahlen können, nachdem sie schon bereits im letzten Jahr keine Lohnerhöhung auszahlen konnten. Wenn diese Personen dem Livestream, nachdem sie jetzt nicht mehr arbeiten, sondern zu Hause sind, zuhören und dann diese Diskussion hören, weiss ich nicht, ob wir einen guten Eindruck hinterlassen. Ich glaube, wir müssten schon auch noch die 17'000 Mitarbeitenden im Fokus behalten, die in der Privatwirtschaft arbeiten.

Wenn wir *Lockdown* lesen und es in den nächsten Wochen und Monaten wieder schwierig wird, könnte ich Ihnen Beispiele von Unternehmung nennen, die nicht nur auf schmaler, sondern auf breiter Front Leute entlassen müssen.

Wir sind Vertreterinnen und Vertreter einer arbeitenden Bevölkerung, wobei es jetzt viele gibt, die nicht mehr gut schlafen können und Angst um ihren Job haben. Dann sind das Luxusprobleme, die wir jetzt diskutieren; soll es 1% sein oder soll es noch mehr sein oder soll es strukturell mehr sein. Ich möchte Sie einfach bitten, dass man diesen Aspekt auch im Fokus behält.

Regula Salathé (EVP): Noch zur Aussage von Daniel Preisig von wegen Verknüpfung: Die Aussage, dass die SVP-EDU nur einer Einmalzahlung von 3 Mio. Franken und der Lohnentwicklung von 1% unter der Bedingung zustimmt, dass der Steuerfuss um 8% gesenkt wird, ist sehr befremdend für mich. Diese Verknüpfung kann ich nicht verstehen. Es erinnert mich so an Erpressung und Drohungen aus dem Kindergarten und nicht als konstruktive Zusammenarbeit im Rat.

Ich lege es Ihnen ans Herz, diese zwei Sachen Dinge auseinander zu halten und dem Personal diese minimale Wertschätzung zu gewähren.

Patrick Portmann (SP): Zur Aussage von Arnold Isliker. Du hast gesagt, man soll nicht Äpfel mit Birnen vergleichen, aber genau das hast du vorhin in deinem Votum gemacht. Es ist nicht so, dass wir von Seite der Pflege die bürokratischen Aufwendungen für die Krankenkassen nicht kritisieren würden. Weshalb denkst du, gibt es die Pflegeinitiative?

Ganz ein wichtiger Bestandteil ist aber auch, dass du akzeptieren musst, dass sich die Zeit gewandelt hat. Sie hat sich verändert. Das Problem des fehlenden Personals als Luxusproblem anzusehen, dass man klönt, dass wir immer klönen und alles ist nicht recht, nehme ich für mich in Anspruch. Ich bin der «Oberklöni». Das ist so. Aber halten Sie das Personal. Ich sage es gerade aus den Spitälern Schaffhausen: Menschen, die an der Basis arbeiten, sind nicht die Leute, die klönen. Sie arbeiten wirklich sehr viel und sagen eben nichts. Das ist ein Bereich von Leuten, die eher schweigen, als irgendetwas zu sagen. Du hast gesagt, im süddeutschen Raum könnten Sie von Arbeitsbedingungen hier in der Schweiz träumen. Ich kann dir sagen: Betrachte die Zahlen von den Grenzgängerinnen und Grenzgängern innerhalb der letzten Jahre. Die haben abgenommen; das sind weniger. Es waren irgendwann 3500. Zwischenzeitlich sind es weniger als 2300 – Irrtum vorbehalten. Aber es sind weniger und weshalb sind es weniger? Weshalb kommen weniger Leute über die Grenze nach Schaffhausen, um in der Pflege zu arbeiten? Weil es nicht mehr attraktiv ist; so sieht es aus. Die Bedingungen in Süddeutschland haben sich verbessert. Sie hatten Lohnerhöhungen und zwar höher als die bei uns waren und zwar deutlich höher.

Zu Lorenz Laich: Ich habe in meinem Votum zuerst genau dieses *Statement* gebracht. Lorenz, du hast gesagt, du musst auch für die Leute aus der Privatwirtschaft sprechen.

Aber weshalb gibt es jetzt die Pflegeinitiative? Weshalb möchte man auf nationaler Seite etwas verändern? Weshalb tut man das? Weil man auf kommunaler Seite, auf kantonaler Seite zu wenig gemacht hat. Menschen, die auch euch wählen, ist es ein Anliegen, dass der Service Public hochgehalten wird. Ich habe im ersten Votum gesagt, dass die Problematik grösser als in der Privatwirtschaft ist. Es fehlen mehr Leute in der Pflege

als im Bankensektor oder in anderen Bereichen. Es ist einfach so. Das sind erschreckende Zahlen. Die Menschen im Service Public, in der öffentlichen Hand, die ich angesprochen habe, sind systemrelevant. Die Polizei, öffentliche Sicherheit, müsste doch euch auch ein Anliegen sein. Diese Leute fehlen heute in Kanton Schaffhausen.

Zu Christian Heydecker. Der Vorstoss von Ihnen ist aus meiner Sicht brandgefährlich.

Die Spitäler Schaffhausen, der Spitalrat und die Spitalleitung machen ihren Job. Ich kann das verstehen und nachvollziehen, bis zu einem gewissen Grad und dieser Job heisst Gewinnmaximierung. Sie heisst EBITDA. Es gibt ja noch den Vorstoss von Pentti Aellig. Man möchte heute Geld verdienen, alle Spitäler, egal ob privatrechtlich oder öffentlichrechtliche Anstalten, alle möchten Gewinn erwirtschaften. Das heisst, man stellt ganz klar die ökonomischen Interessen über die personalpolitischen Interessen. Deshalb ist dieser Vorstoss gefährlich. Wenn das Personal nicht von diesen Lohnerhöhungen profitiert, gehen die Leute leer aus. Dann frage ich mich, wie man dann noch eine adäquate Pflege und Betreuung aufrechterhalten möchte, wie man dann überhaupt noch Gewinn machen kann und von was der Service Public im Kanton Schaffhausen lebt. Das sind meine Gedanken dazu.

Christian Heydecker (FDP): Entschuldigen Sie, wenn ich Ihre Geduld auf die Probe stelle, aber was Patrick Portmann gesagt hat, fordert mich natürlich heraus. Ich weiss noch – Patrick Portmann – was du heute Morgen gesagt hast. Vielleicht weisst du es nicht mehr. Deshalb sage ich es dir noch einmal. Du hast die Spitäler Thurgau AG als Vorbild herangezogen und gesagt, dass sie im Vergleich zu den Spitälern Schaffhausen gute Löhne zahlen. Weisst du, dass sie eine eigene Lohnpolitik betreiben können? Sie sind in einer privatrechtlichen Aktiengesellschaft organisiert und dem Obligationenrecht unterstellt. Das ist die Realität. Das hast du heute Morgen so gesagt.

Regierungsrat Walter Vogelsanger (SP): Die Regierung hat gesagt, wenn erhöht wird, wird sie den Antrag auf eine strukturelle Lohnerhöhung von 0.5% stellen, was ich jetzt hiermit tue.

Abstimmung

Dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission (1% bestehend aus 0.5% Mutationsgewinn und 0.5% Lohnentwicklungsmassnahmen) wird mit 31: 25 Stimmen zugestimmt.

GPK-Präsidentin Eva Neumann (SP): Wie ich heute Morgen ausgeführt habe, hat die GPK von Ende September bis zum 4. November 2021 an fünf Sitzungen das Budget 2022 ausführlich beraten – immer unter der Annahme von einem Steuerfuss von 102%. Wir wissen alle, dass es eine finanzpolitische Reserve gibt, die zur Abstimmung kommt, dass der Steuerfuss für die natürlichen Personen um 2% gesenkt wird, also sprich 100% für drei Jahre befristet. Also die ganzen Beratungen der GPK basierten auf einem Steuerfuss von 102%. An der letzten Sitzung ist dann der Antrag von einer Steuersenkung von 8% gestellt worden. Dieser Antrag hat Teile der GPK sprachlos werden lassen. Das kann ich nicht anders sagen. Die GPK hat dann diesen Antrag mit 5 : 4 Stimmen angenommen.

Regierungsrätin Cornelia Stamm Hurter (SVP): Ich stelle zuerst einen Antrag. Ich habe ihn zwar letztes Mal schon gestellt, aber ich sage ihn nochmals ganz klar: Wir beantragen je 4% Steuersenkung für die juristischen Personen und die natürlichen Personen.

Wir möchten, dass beide gleichbehandelt werden. Insbesondere liegt uns daran, dass auch die juristischen Personen gleichbehandelt werden, weil sie die grossen Träger des guten Ergebnisses sind. Sie haben mit dem Oktoberbrief gesehen, dass bei den juristischen Personen die Steuern sprudeln. Sie haben wesentlich zum guten Ergebnis beigetragen. Bei den natürlichen Personen sind wir eher verhalten unterwegs und wir finden, dass gerade diejenigen, die auch sehr viel an dieses gute Ergebnis beigetragen haben, profitieren sollen.

Mit 4% haben wir einen ausgewogenen Vorschlag gemacht. Das heisst wir wollen eine voraussehbare Steuerpolitik. Wir wollen keine *Peaks* und *Downs*, sondern wir wollen eine stetige, verlässliche konsistente Steuerpolitik. Ich glaube, das ist auch ein wichtiges Zeichen gegen aussen, dass wir Konstanz vermitteln. Wenn es uns nicht mehr so gut geht und man mit den Steuern hoch müsste, ist das ein ganz ganz schlechtes Zeichen für die Wirtschaft und auch für die Bevölkerung. Deshalb beantragen wir Ihnen eine moderate Steuersenkung, die allen zugutekommt und diese sehen wir bei 4%.

Beratung über den Steuerfuss für die natürlichen Personen

Marcel Montanari (FDP): Ich spreche zum Steuerfuss für die natürlichen Personen. Der Antrag zum Steuerfuss der juristischen Personen werde ich nachher stellen.

Eva Neumann: Weshalb hast du die Gründe der GPK-Mehrheit nicht erwähnt? Ich frage die Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission an,

was die Mehrheit der GPK dazu bewogen hat, die Steuerfussenkung um acht Prozentpunkte zu beantragen.

Matthias Freivogel (SP): Ich wäre geneigt zu sagen, dass ich die Antwort weiss: weil sie sich geschämt hat.

Was die GPK beschlossen hat, ist nun wirklich «gschämig». Das kann man so nicht machen, das ist einfach «gschämig» und verantwortungslos. Ich komme wieder auf das Legislaturprogramm der Regierung zurück. Man kann der Regierung hie und da Vorwürfe machen, aber in dieser Situation, denke ich, ist sie einigermaßen vernünftig unterwegs.

Was steht bei den strategischen Zielen? Ertragsrückgang beim Finanzausgleich entgegentreten. Wir wissen, das kommt auf uns zu. Zweitens Vermeidung einer Verschuldung. Strategisches Ziel 3.2: Steuerbelastung von natürlichen Personen senken. Bei den Massnahmen steht bei der Steuerbelastung von natürlichen Personen senken: Steuerrecht punktuell anpassen, um Standortqualität für natürliche Personen im Steuerkantonsranking zu verbessern. Und was haben wir das letzte Jahr gemacht? Genau diese punktuelle Anpassung haben wir vorgenommen. Wir haben – und das ist im Budget eingestellt – 7.5 Mio. Franken für die Erhöhung der Versicherungsabzüge und die Senkung der Vermögenssteuer. Das ist punktuell eine Verbesserung. Die eine – Senkung der Vermögenssteuer – passt uns nicht. Die andere passt uns soweit. Sie ging für unsere Begriffe etwas weit, aber das passt uns und ist eine strukturelle Anpassung, eine punktuelle, die uns in die Nähe von Zürich und Thurgau bringt. Also das haben wir gemacht. Noch etwas zu den juristischen Personen. Wir haben bei der Umsetzung der STAF umfangreiche Massnahmen getroffen, die längerfristig dauern und die *step by step* immer wieder eine Entlastung, eine Verbesserung für die juristischen Personen vorsehen. Wir haben das punktuell da und dort gemacht. Jetzt kommen Sie und wollen den Steuerfuss nicht für ein Jahr, sondern 8% senken. Das kostet 20 Mio. Franken und nach fünf Jahren sind 100 Mio. Franken weg.

Das Polizei und Sicherheitszentrum kostet 100 Mio. Das Strassenverkehrs Prüfzentrum 30 Mio. Finanzausgleich ab 2025 9 Mio., 2026 19 Mio. und 2027, 26 Mio. Franken.

Das Eigenkapital, das wirklich gut dotiert ist, wird dann aber schmelzen und ist unter dem strategischen Ziel Vermeidung einer Verschuldung Ertragsrückgang beim Finanzausgleich entgegentreten. Das ist nicht mehr vertretbar in diesem Sinne. Wir sind auch der Meinung, dass man Steuerensenkungen an dieser Stelle diskutieren darf. Aus unserer Sicht wäre es angemessen, wenn wir wissen, dass bereits für drei Jahre jeweils 2% beschlossen wurden und noch dem Volk vorgelegt werden muss, was wohl gute Chancen haben wird. Das darf ich hier erwähnen. Wenn man das richtig einschätzt, sind diese 8% plus diese 2% also 10%. Das ist jenseits

von Gut und Böse. Wir können doch nicht so krass vorgehen, um irgendwann am Sankt Nimmerleinstag, wenn Sie vielleicht Lust haben oder einen gewissen Zwang verspüren, vielleicht ein oder zwei Prozent wieder zu erhöhen. So fahren wir letztlich mittelfristig den falschen Kurs. Ich sage nicht den Kanton an die Wand. Aber wir werden uns mit einer Abschmelzung des Eigenkapitals konfrontiert sehen und dem müssen wir mit Vorsicht begegnen. Wir müssen vorsichtig sein. Was sagte ihr Fraktionschef, als es darum ging, das Covid-Gesetz bzw. zuerst die Verordnung im Frühling 2020, damit man den Unternehmen helfen kann, zu dotieren? Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Ich sage Ihnen: Was sie heute machen, ist verteilen in der Zeit, dann fehlt es in der Not.

Regierungsrätin Cornelia Stamm Hurter (SVP): Ich möchte nur kurz etwas korrigieren, was Herr Kantonsrat Freivogel und vorher auch Herr Kantonsrat Preisig bezüglich die juristischen Personen gesagt haben. Was STAF betrifft, haben wir die Steuern für die bis anhin ordentlich besteuerten Gesellschaften gesenkt. Für die sogenannten Statusgesellschaften werden die Steuern erhöht. Im Gegenzug darf man auch nochmals erwähnen, dass wir mit der STAF die natürlichen Personen um 8.9 Mio. Franken entlastet haben.

Wir haben höhere Versicherungsabzüge von 3'000 und 3'500 Franken gemacht und bei Familien mit Kindern haben wir die Steuergutschrift von 320 Franken pro Kind eingeführt. Das ist relativ einschneidend – vor allem bei den unteren Progressionsstufen.

Im gleichen Jahr haben wir dann auch noch das Postulat von Kantonsrätin Corinne Ullmann betreffend auswärtige Verpflegung umgesetzt. Das Ganze hat 8.9 Mio. Franken bei den Steuern zugunsten der natürlichen Personen ergeben. Noch etwas Konkretes zu dem, was wir bei den Versicherungsabzügen machen. Da ist ein Teil noch durch die finanzpolitische Reserve die ersten Jahre gedeckt.

GPK-Präsidentin Eva Neumann (SP): Ich hole gerne nach, was von meinem GPK-Kollegen gewünscht wurde. Auf Seite vier unter Punkt 2.1, Steuerfuss steht nämlich geschrieben: «Die Mehrheit der GPK begründet die Steuersenkungen für die natürlichen Personen mit dem vorhandenen finanziellen Spielraum, dem guten Eigenkapital von über 600 Mio. Franken und der nach wie vor mangelnden steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu den Nachbarkantonen. Des Weiteren soll die Steuerfussenkung der natürlichen Personen in Höhe von 8% eine klare Signalwirkung an die Bevölkerung vermitteln und einen positiven Impuls nach der Coronakrise auslösen».

Es wurde hier explizit nur die Mehrheitsmeinung wiedergegeben, deswegen habe ich mir erlaubt, mündlich in einem Satz noch die Minderheitsmeinung darzugeben und ich bitte um Verständnis.

René Schmidt (GLP): Es geht um die Steuern. Auch für mich ist es wichtig, dass der Kanton ein attraktiver Standort ist, sich die Firmen und die natürlichen Personen wohlfühlen und dazu gehört durchaus auch die Steuersituation.

Wenn Sie eine Unternehmung haben und die Unternehmung in die Zukunft führen, ist das Eigenkapital die Sicherheit für die Zukunft. Hier gehen wir in einer Situation in die Steuersenkung, wo ein Budgetdefizit ausgewiesen wird ein Budgetdefizit. Sie haben die Verantwortung, wir alle, für den Kanton zu sorgen und diese Sorge darf man nicht einfach leichtfertig verspielen. Ich habe heute morgen von Pokerspielen gesprochen. Es ist kein Pokerspiel. Wir müssen hier sorgfältig in die Zukunft und vor allem verantwortungsbewusst in die Zukunft führen. Das ist unser Auftrag und nicht uns auf leere Kassen hinbewegen. Deshalb finde ich den Vorschlag der Regierung einen Kompromiss. Er ist für mich eine schöne Situation mit 4% Steuersenkung und garantiert müssten wir hier die Steuersenkung für juristische und natürliche Personen gleichschalten. Ich finde es wirklich widerstrebend, wenn man die juristischen Personen bestraft. Für was bestrafen wir diese juristischen Personen? Sie haben dasselbe Geld bezahlt wie die natürlichen Personen und jetzt den Unterschied zu machen, widerspricht jeder Regel.

Es ist eine Gleichbehandlung und deshalb möchte ich beliebt machen, dass wir miteinander auf diese 4% für natürliche und juristische Personen hinsteuern.

Linda De Ventura (AL): Aufgrund der guten finanziellen Lage des Kantons hätte ich eigentlich keine Mühe damit, die Steuern zu senken. Wenn Sie dann auch bereit wären, die Steuern wieder so massiv zu erhöhen, sobald sich die finanzielle Situation wieder verschlechtert. Dazu sind Sie ja dann bekanntermassen nicht bereit, denn dann setzen Sie hauptsächlich bei der Ausgabenseite an. Ich erinnere mich gut an die ESH4-Debatte im Jahr 2014, in der an Posten wie J & S-Kursen, an Schullektionen an der Volksschule, an der Prämienverbilligung, an arbeitsmarktlichen Integrationsmassnahmen, Freifächern an der Kanti und und gespart werden sollte. Das, was ich in meiner Kantonsratszeit erleben musste, ist also, dass diesbezüglich kein Verlass auf Sie ist. In finanziell guten Zeiten senken Sie die Steuern und in finanziell schlechten Zeiten schnüren Sie hauptsächlich Sparpakete und der Steuerfuss wird höchstens minim angepasst.

Wäre das anders und könnte ich mich darauf verlassen, dass die Steuern in finanziell schlechten Zeiten gleichermassen erhöht werden, würde ich

eine Steuerfussenkung in einer solch guten finanziellen Situation mittragen und das sogar gerne. Dazu waren Sie aber in der Vergangenheit nicht bereit und dazu werden Sie auch in der Zukunft nicht bereit sein, wenn sich an der Zusammensetzung des Rats nichts ändern wird. Ich lasse mich aber natürlich sehr gerne eines Besseren belehren.

Daniel Preisig (SVP): Lieber Matthias Freivogel: Du hast gesagt, Steuer-senkungen kann man diskutieren. Nach Jahren mit Millionen Überschüssen und 600 Mio. Eigenkapital muss man Steuersenkungen diskutieren. Wann, wenn nicht jetzt, ist die SP bereit, die Steuern zu senken. Dann möchte ich noch auf Kollege René Schmidt reagieren, der gesagt hat, wir haben ein Defizit im Budget, wenn wir die Steuersenkung beschliessen. Das ist korrekt ja, wir sind bei nicht ganz 10 Mio., wenn ich richtig gerechnet habe. Nur man muss das ins Verhältnis zu den über 800 Mio. Gesamtaufwand setzen. Diese 10 Mio. sind im Schwankungsbereich, die wir jedes Jahr haben und ich bin überzeugt, dass es der Regierung gelingen wird, auch in Zukunft ausgeglichene Budgets zu präsentieren.

Nochmals die fünf Gründe in Kurzform, weshalb wir für 8% Steuersenkung sind. Erstens: Nach der Coronakrise braucht es einen spürbaren Impuls. Zweitens: Wir können uns eine Steuersenkung problemlos leisten. Zur Erinnerung: Wir haben über 600 Mio. Franken Eigenkapital. Drittens: Nur eine Mittelverknappung führt zur dringend notwendigen Finanzdisziplin. Viertens: Die Ansiedlungsstrategie der Wirtschaftsförderung hat funktioniert und jetzt müssen wir die Früchte ins Trockene bringen. Fünftens: Der Kanton Schaffhausen ist für natürliche Personen immer noch unterdurchschnittlich attraktiv. Eine Steuerentlastung ist nötig – besonders im Vergleich mit den Zürcher Gemeinden.

Wir haben heute die einmalige Chance, mit einer achtprozentigen Steuerfussenkung den Kanton Schaffhausen endlich auch für natürliche Personen steuerlich wettbewerbsfähig zu machen. Packen wir diese einmalige Chance. Alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden uns dankbar dafür sein.

Peter Neukomm (SP): Zu diesem Vorvotum setze ich gerne einen Kontrapunkt. Diese Schalmeien von einmaliger Chance. Es ist ein unvernünftiges Risiko, wenn wir das machen, was die GPK vorschlägt. Weshalb? Linda De Ventura hat es eigentlich absolut korrekt auf den Punkt gebracht. Ich bin schon zu lange in diesem Geschäft, seit 1991 in der Politik in Stadt und Kanton und ich weiss wie es mit Steuererhöhungen ist. Sie wissen das vielleicht auch, machen Sie sich nichts vor. Gesenkte Steuern wieder zu erhöhen, ist politisch fast nicht möglich in diesem Kanton und auch in dieser Stadt nicht. Das ist völlig etwas Anderes in einer Landgemeinde, wo

man vor die Gemeindeversammlung hinstehen kann und vernünftig begründen, weshalb der Steuerfuss wieder steigen muss. Alle, die das Gegenteil behaupten, negieren die Vergangenheit. Das hat Linda De Ventura richtig gesagt. Beim Antrag der GPK geht es um Steuer-Voodoo, weil damit einerseits die Leistungs- und die Investitionsfähigkeit des Kantons markant reduziert, ja geradezu gefährdet wird. Im alten Finanzhaushaltsgesetz gab es noch den Grundsatz des Vorsichtsprinzips. Dieses wird mit dem Antrag der GPK endgültig in den Eimer der Geschichte geschmissen. Das ist grobfahrlässig und rein ideologisch motiviert. Wir haben es heute morgen gehört und vorhin schon wieder. Es geht einzig und allein um Mittelentzug zur Disziplinierung.

Man will dem Regierungsrat den Meister zeigen, weil er sich zu Recht geweigert hat, 19 Mio. aus dem Haushalt zu streichen, da dies mit markanten Leistungseinbussen verbunden gewesen wäre. Das ist jetzt also eine Retourkutsche, eine Disziplinierung auf dem Buckel des Regierungsrats, respektive auf dem Buckel der Finanz- und Investitionsfähigkeit des Kantons. Es ist finanziell nicht nachhaltig, was die hier GPK vorschlägt. Stimmen Sie deshalb dem Antrag der Regierung zu. Dieser ist vernünftig, auch wenn 4% schon viel sind. Aber es ist noch vertretbar. Auch wir können mit 4% mitmachen, aber 8% ist – wie gesagt – sehr unvernünftig.

Kurt Zubler (SP): Wie wir vorhin versucht haben zu vermitteln, sind wir vor allem aufgrund der veränderten Einnahmenbudgetierung der Meinung, dass wir darüber diskutieren müssen, was wir jetzt mit diesem verschönten Budget oder mit diesen prognostizierten Mehreinnahmen tun.

Wir haben versucht aufzuzeigen, dass es notwendig wäre, dem Personal etwas zu geben oder auch in zukunftsgerichtete Projekte und Ziele zu investieren. Es war uns aber auch klar, dass wir Bereitschaft zeigen müssen und wenn es so ist, auch über eine Steuersenkung diskutieren müssen. Wir waren aber der Meinung, dass das Maximum für uns vernünftigerweise 2% gewesen wären. Jetzt kommt die Regierung mit 4% und die GPK mit absurden 8%. Ich glaube, wir tun gut daran, uns auf einen Kompromiss zu einigen und bitte Sie, diesen Beschluss jetzt nicht zu gross zu machen. Das wird uns nachher treffen und wir haben es gehört.

Peter Neukomm hat es sehr gut in Bezug auf die Befürchtungen von Kollegin Linda De Ventura gesagt. Es ist klar der wichtigste Punkt und Daniel Preisig hat das als einer der fünf Punkte bezeichnet. Ihr wichtigster Punkt ist Verknappung und Disziplinierung, das ist ihr Ziel. Sie wollen uns dann wieder aushungern und das wird die Bevölkerung strafen. Das trifft den Service Public und das darf nicht sein. Deshalb brauchen wir einen vernünftigen Kompromiss und nicht ein Überschiessen dieser Steuersenkung. Ich bitte Sie: Bleiben Sie in einem vernünftigen Rahmen. Die 4% sind wirk-

lich schon sehr viel. Wir haben in diesem Rat kaum je so grosse Steuer-senkungen beschlossen, schon gar nie eine Steuererhöhung in diesem Rahmen.

Hannes Knapp (AL): Ich habe eine Frage an die bürgerlichen Rechnungsmeister. Gibt es irgendeinen finanzpolitischen Grund, dass es die grosse Diskussion mit den 8% sein muss und wir das nicht auf Tranchen verschieben können, die wir besser einkalkulieren können? Wo wir Effekte besser abschätzen können? Wir reden jetzt von 8%, mit den schon beschlossenen 2% sind das 10%. Das ist eine dieser Optionen.

Niemand kann genau sagen, was da passiert. In meinen Augen und auch dem was schon Linda De Ventura gesagt hat, die Steuern kriegen wir nie wieder hoch, wenn wir sie dann einmal brauchen. Es ist einfach absolut unvernünftig. Schlussendlich wäre es dann auch Ihnen zuzuschreiben, wenn wir wieder schlechte Zahlen haben. Dann ist es die rechte Ratshälfte, die das verschuldet hat. Ich bin sehr froh über eine Aufklärung, weshalb wir das nicht auf kleinere Tranchen schieben können.

Andreas Schnetzler (EDU): Ich möchte auf drei Dinge hinweisen. Frau De Ventura kann ich mitteilen, dass ich mit Ihnen war, als es um die Jugend und Sportbeiträge ging. Ich habe das mitunterstützt, dass man das gerettet hat. Zweitens gibt es auch Bürgerliche, die der letzten Steuererhöhung zugestimmt haben. Ich gehöre zu denen, dazu stehe ich. Es ist meine persönliche Meinung, nicht die der Fraktion, gehe ich auch davon aus, dass wir vermutlich mal wieder die Steuern erhöhen müssen. Das kann durchaus sein. Aber jetzt ist es möglich, weil wir in den letzten Jahren so hohe Überschüsse hatten. Wir können natürlich auch Negativzinsen zahlen, das ist die andere Variante. Im Moment ist das aus meiner Sicht vertretbar. Darum stehe ich dazu, was die GPK hier beantragt hat. Ich meisse es aber nicht in Stein, da bin ich vielleicht nicht mit allen einig in meiner Fraktion. Aber im Moment ist es wirklich möglich und ich bitte Sie, bei den Anträgen der GPK zu bleiben.

Erich Schudel (SVP): Ich bin noch nicht so lange dabei wie die unter teilweise Amnesie leidenden, langjährigen SP-Vertreter. Haben Sie EP14 vergessen?

Damals gab es eine temporäre Steuererhöhung um 3%. Diese wurde von der Mehrheit dieses Rates mitgetragen und wenn eine Mehrheit zustimmt, sind da auch Bürgerliche dabei. Es ist nicht so, dass der Kanton an die Wand gefahren wird, sondern es ist jetzt die Möglichkeit, eine grössere Steuersenkung zu machen. Vor allem wir haben ja jetzt jedes Jahr das Problem gehabt, wohin mit den Reserven?

Es hat dieses Jahr schon angeklungen, dass es das letzte Mal sei, dass wir solche Reserve-Töpfe machen. Aber wenn wir das Rechnungsergebnis oder das Oktober-Ergebnis hören, kommt wieder ein riesiges Ergebnis auf uns zu. Jetzt kommt es einfach weiter ins Eigenkapital, wenn wir keine finanzpolitische Reserve machen. Aber es ist doch nicht die Aufgabe des Kantons, wahllos Reserven anzuhäufen. Das sind Steuergelder und wenn unsere Steuerzahler viel zu viel Geld einzahlen, müssen wir Ihnen auch etwas retour geben. Ich denke, heute ist wirklich der Zeitpunkt, um es im Grossen zu tun.

Marcel Montanari (FDP): Zu Hannes Knapp. Die finanzpolitischen Beweggründe zu dieser Steuerfussenkung, respektive zum entsprechenden Antrag ausschlaggebend waren die vergangenen Jahre, in denen wir jedes Jahr zweistellige Millionenbeträge mehr eingenommen haben als das, was veranschlagt wurde. Das, was man der Bevölkerung gegenüber gesagt hat, will man ihr abnehmen um den Staatsbetrieb aufrechtzuerhalten. Es wurde dann im Oktoberbrief auch ausgeführt, dass 21.6 Mio. Franken mehr Fiskalertrag in diesem Jahr erwartet wird. Mindestens das, mindestens um diesen Betrag müssen wir den Steuerfuss senken und das hat die GPK nicht getan. Sie ist ein wenig darunter mit diesen 8%.

Nach Verabschiedung des Budgetvoranschlags in der GPK resultiert ein Defizit von 10 Mio. im Budget 2021, im Budget für dieses Jahr resultierte ein Defizit von 12.6 Mio. Da haben wir Lohnerhöhungen und alles hineingepackt und es entstand kein grosser Tumult in diesem Jahr. Die Schwankung von 10, 12 Mio. ist problemlos machbar und deshalb kam die GPK bzw. die Mehrheit davon zum Entscheid, dass man mindestens diese 8% Steuersenkung beantragen möchte.

Marianne Wildberger (AL): Ich möchte nochmals in Erinnerung rufen, dass diese prozentuale Steuersenkung sehr ungleich verteilt wird und sehr ungerecht ist, weil Einkommen von 4'000 Franken sind etwas Anderes wie 10'000 oder 20'000 Franken. Es ist eine Umverteilung von unten nach oben, weil die Reichen natürlich mehr profitieren. So ist es und das finde ich auch ein Problem – vor allem bei so hohen Prozentzahlen.

Franziska Brenn (SP): Ich möchte zu guter Letzt die Meinung der höchstmöglichen Minderheit in der GPK erklären. Eine hauchdünne Mehrheit von 5 : 4 Stimmen stellte in der letzten Sitzung den haarsträubenden Antrag, den Steuerfuss um 10% zu senken – ohne Rücksicht auf Verlust. Wir haben das vorher nie diskutiert. Es war wirklich in der letzten Sitzung. Ich war fassungs- und sprachlos. Ich dachte, ich befinde mich in einem arabischen Markt. Das kann ja gar nicht war sein. Oder? Ich finde es verantwortungslos, denn die GPK hat den Auftrag, die Finanzen des Kantons im Lot zu

halten und Sorge dazu zu tragen. Klar, der Regierungsrat hat den Auftrag, 19 Mio. einzusparen – keine Ahnung wo. Wir brauchen das Geld ja nicht. Aber für das Personal, dort reicht es dann nicht.

2025 sieht unser Finanzplan bereits total anders aus. Ich habe auch noch ein Fünfpunkteprogramm, weshalb man das nicht machen soll. Erstens: Ab 2025 ist der Finanzplan völlig anders. Wir bezahlen dann auch in den NFA. Zweitens: Die Steuern werden nie erhöht, ausser mit einem Sparpaket, das uns zuschnürt und das unwiederbringlich viele Leistungen nicht mehr erfüllt. Denken wir z.B. an die Musikschulen, an die Entlastungsstunden und so weiter. Drittens: Es ist verantwortungslos von einer Mehrheit der GPK, welche die Verantwortung für die Finanzen im Kanton tragen muss. Das Geld geht einfach den Rhein hinunter. Viertens: Wichtige Investitionen stehen an. Zudem hat der Regierungsrat eine riesige To do-Liste vor sich für die jetzige Legislatur. Ich denke an die Ressourcensteuerung, an die Kita-Vorlage und so weiter.

Fünftens und als letztes: Wir stecken in sehr unruhigen Zeiten. Die Covid-Krise ist keinesfalls vorbei. Wir wissen nicht, wie es weitergeht. Die Sozialhilfe ist am Steigen. Die Arbeitslosigkeit steigt nicht, aber die ausgesteuerten Personen steigen an. Also übernehmen Sie bitte Verantwortung.

Abstimmung

Festlegung des Steuerfusses der natürlichen Personen

Dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission (Steuerfuss NP 94%) wird mit 31 : 25 Stimmen zugestimmt.

Beratung über den Steuerfuss für die juristischen Personen

Daniel Preisig (SVP): Ich kann Ihnen mitteilen, dass die SVP-EDU-Fraktion nach erneuter Diskussion für die juristischen Personen keinen Antrag auf eine zweiprozentige Steuersenkung stellen wird und zwar zugunsten des Antrages der Regierung für 4%.

Marcel Montanari (FDP): Wie angekündigt, stelle ich Ihnen namens unserer Fraktion den Antrag, dass der Steuerfuss der juristischen Personen auf 94% der einfachen Staatssteuer festzusetzen sei.

Ich habe es bereits im Eintretensvotum gesagt: Wir haben massiv mehr Geld eingenommen als wir veranschlagt haben. Ein wesentlicher Teil dieser Mehreinnahmen wurde von den juristischen Personen geleistet. Wir sind klar der Meinung, dass der Steuerfuss gesenkt werden muss und zwar für alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Nach der gleichen Logik, nach der gleichen Gerechtigkeit, nach dem gleichen Massstab, der auch bei der Steuererhebung angewendet wurde. Deshalb ist es nur richtig,

wenn der Steuerfuss für juristische Personen im gleichen Umfang gesenkt wird.

Kurt Zubler (SP): Wir hätten uns gewünscht, generell den Antrag der Regierung unterstützen zu können, als sehr weitgehenden Kompromiss. Nun werden wir dem Antrag von Daniel Preisig folgen und wenigstens bei den juristischen Personen den Antrag der Regierung unterstützen und nicht weiter gehen. Die juristischen Personen wurden mit der STAF-Vorlage weitgehend entlastet und jetzt müssen wir so weit wie möglich Grenzen setzen.

Urs Capaul (GRÜNE): Ich habe eine Frage an die Regierung. Die Regierung hat ja diese beiden Steuerfussreduktionen, diese beiden 4% miteinander verbunden und jetzt hat man eigentlich nur den einen Teil massiv reduziert um 8% bzw. 10%. Wir müssen ja diese 2% auch noch dazuzählen. Es gibt also eine Reduktion um 10%. Hält die Regierung an ihrem Antrag der Reduktion von 4% fest?

Regierungsrat Walter Vogelsanger (SP): Ja. Die Regierung hält an diesen 4% fest. Bei der Erhöhung oder bei der Vervierfachung der Nationalbank, das ist dieser Betrag, der die Einnahmenseite verbessert hat, sind beide, also die natürlichen und die juristischen Personen, gleich zu behandeln. Der Rat hat bei den natürlichen Personen anders entschieden. Aber wir halten grundsätzlich an diesem Antrag fest.

Staatsschreiber Stefan Bilger: Die Annäherung bei drei Anträgen muss von oben her geschehen. Sie müssen aus meiner Sicht den Antrag der GPK dem weniger weitgehenden Antrag der Regierung gegenüberstellen. Das Ausmehren und der Obsiegende danach.

Kantonsratspräsident Josef Würms (SVP): Ich werde anders vorgehen und erst am Schluss den Antrag der GPK miteinbeziehen.

Abstimmung

Festlegung des Steuerfusses der juristischen Personen

Dem Antrag des Regierungsrats (Steuerfuss JP 98%) vs. Marcel Montanari (Steuerfuss JP 94%) wird mit 45 : 11 Stimmen zugestimmt.

Dem Antrag des Regierungsrats (Steuerfuss JP 98%) vs. Geschäftsprüfungskommission (Steuerfuss JP 102%) wird mit 38 : 19 Stimmen zugestimmt.

Beratung Rebsteuer

Markus Müller (SVP): Die Rebsteuer geht tatsächlich zurück auf den 11. Oktober 1898. Vor 123 Jahren wurde der Rebbaufonds als Massnahme gegen die Reblaus ins Leben gerufen. Am 18. Juni 1951 wurde das Rebbaugesetz geschaffen und die Weiterführung des Rebbaufonds ohne Reblaus – die gab es nämlich nicht mehr – mit klaren Verwendungszwecken der Gelder beschlossen. Den Beitrag der Rebeigentümer legte der Grosse Rat jährlich fest. Zwei Drittel davon war der zusätzliche Staatsbeitrag. Ein Drittel trug die Standortgemeinde zusätzlich; also genau paritätisch Rebbesitzer und öffentliche Hand. Dann ist es legitim, dass wir darüber bestimmen, wenn wir dasselbe bezahlen würden. Am 29. November 1999 verabschiedeten wir das erste Schaffhauser Landwirtschaftsgesetz im Kantonsrat. Das gab es vorher gar nicht. Ich war damals Kommissionspräsident. Wir hatten über 30 Kommissionssitzungen und genau dieser Punkt war ziemlich umstritten.

Der verstorbene alt Kantonsrat Bruno Tissi hat sich vehement dagegen gewehrt. Er hatte recht im Nachhinein. Das Rebbaugesetz wurde damit aufgehoben. Der Kanton zog sich vollständig aus der finanzielle Beteiligung zurück. Er zahlt nichts mehr – keinen Rappen. Er verknurrt nur noch die Rebbesitzer und die Gemeinden bleiben mit einem Fünftel beteiligt. Die Verwendung der Fondsgelder ist im Landwirtschaftsgesetz definiert. Mit den Jahren hat sich die Situation völlig geändert. Der Kanton hat sich aus dem Reb- und Weinbau zurückgezogen, alle Betriebe sind aufgehoben, keinen Keller, keine Versuchsbetriebe nichts. Störend ist heute wirklich, dass der Kantonsrat eine einzige Berufsgruppe bzw. Personen, die Reben besitzen, zu einer Steuer verknurrt. Ich glaube, das ist wahrscheinlich auch verfassungswidrig. Es entspricht auch nicht den wirtschaftlichen Leistungsmöglichkeiten. Was gesetzesunwürdig ist und war in den letzten Jahren, ist wie das Geld verwendet worden ist, nämlich nicht nach dem Landwirtschaftsgesetz. Fakt ist auch, dass die Steuer nicht mehr zeitgemäss ist. Ich habe lange Gespräche mit Dino Tamagni geführt. Er hat mir auf meine kritischen, zutreffenden Argumente hin versprochen, das Landwirtschaftsgesetz im nächsten Jahr zu revidieren und die für den Rebbau Fonds geltenden Art. 48 und 49 zu überarbeiten oder allenfalls streichen wir sie dann. Ich verzichte deshalb, weil diese Zusage jetzt protokolliert ist, lieber Dino, auf einen Antrag, die Steuer auf null zu setzen. Eigentlich hatte ich die Absicht zu beantragen, sie auf null zu setzen. Ich werde ihr aber nicht zustimmen, ihr könnt beruhigt sein und vielleicht finde ich auch noch ein paar Mitstreiter, weil es wirklich ein Unding ist, was wir heute haben. Aber macht was ihr wollt, stimmt ihr zu. Aber nächstes Jahr will ich eine Änderung sehen.

Regierungsrat Dino Tamagni (SVP): Ich möchte es nicht unnötig in die Länge ziehen, aber noch kurz zum Votum: Es ist so, dass verschiedene Anspruchsgruppen auf mich zugekommen sind. Wahrscheinlich haben alle abgewartet, bis der Volkswirtschaftsdirektor oder Landwirtschaftszuständige gewechselt hat. Es sind doch einige Meldungen im VD eingetroffen. Das gibt natürlich Anlass, das Ganze zu betrachten und zu überdenken. Ich kann Markus Müller zusichern, dass wir das nächste Jahr tun.

Abstimmungen

Mit 41 : 12 Stimmen wird die Rebsteuer auf 1 Franken pro Are festgesetzt.

Mit 57 : 0 Stimmen werden die neuen Verpflichtungskredite in der Höhe von 8'631'900 Franken zulasten der Erfolgsrechnung und 9'638'000 Franken zulasten der Investitionsrechnung bewilligt.

Mit 48 : 5 Stimmen wird für das Projekt «Ersatz mechanische und elektrische Werkstätten» von Tiefbau Schaffhausen ein Zusatzkredit in Höhe von maximal 900'000 Franken bewilligt.

Mit 51 : 2 Stimmen wird zugestimmt, dass das BBZ Schaffhausen in der Genossenschaft Softwareentwicklung Berufsbildender Schulen (SEBBS) mit den entsprechenden Kostenfolgen betreffend Wartung und Weiterentwicklung der eingesetzten Schulverwaltungssoftware verbleibt.

Mit 54 : 1 Stimmen wird der Globalkredit für die Spitäler Schaffhausen in Höhe von 63'0200'000 Franken genehmigt.

Der Rat nimmt vom Finanzplan 2022-2025 Kenntnis.

Die Prognose zum Ergebnis der Rechnung 2021 gemäss Vorlage des Regierungsrats vom 25. Oktober 2021 wird zur Kenntnis genommen.

Kurt Zubler (SP): Wir haben lange mit Ihnen gerungen und sind leider jetzt der Meinung, dass das «Fuder» überladen oder besser gesagt völlig falsch beladen ist, weshalb wir das Budget in dieser Form ablehnen werden.

Regierungsrätin Cornelia Stamm Hurter (SVP): Ich gebe Ihnen nochmals die einzelnen Positionen bekannt, die wir geändert haben. Es ist der Personalaufwand. Das ist die Reduktion der neuen Stelle in der Staatskanzlei auf 100% statt 130%. Sie haben der Reduktion mit 29 : 29 Stimmen

mit Stichentscheid des Präsidenten zugestimmt. Die 30 Stellenprocente beim Veterinäramt wurden wiederaufgenommen. Dann zu den Planungen und Projektierungen Dritter. Das ist der Projektierungskredit der GPK mit minus 120'000 Franken. Dann die Sanierung des Vorplatzes beim Regierungsgebäude: Hier ist dem Antrag von Kantonsrat Matthias Freivogel zugestimmt worden. Das heisst 500'000 Franken in der Investitionsrechnung und die planmässigen Abschreibungen, minus 20'000 Franken für die Sanierung des Vorplatzes. Der Fiskalertrag, das ist also der Aufwand, nimmt plus 3 Mio. Franken zu, d.h. 8% Steuerfuss bei den natürlichen Personen und 4% Steuerfussenkung bei den juristischen Personen. Die Gesamtkorrekturen machen minus 2'886'100 aus. Nach dem Aufwandüberschuss heisst es nun 12'858'800 Franken. Also ein Minus von 12.858 Mio. Franken. Das ist jetzt der Stand der Dinge.

Urs Capaul (GRÜNE): Wir haben schon beim Eintreten gesagt, wir folgen heute der Regierung, bei den heutigen Diskussionen, aus dem Grund, weil alles nicht realisiert worden ist, was die Regierung wollte. Wir lehnen das Budget ab.

Schlussabstimmung

In der Schlussabstimmung wird das Budget 2022 mit 36 : 21 Stimmen (keine Enthaltungen) für das Jahr 2022 genehmigt.

Kantonsratspräsident Josef Würms (SVP): Somit liegt – wie Frau Regierungsrätin Cornelia Stamm Hurter gesagt – ein Minusergebnis von 12'858'820 Mio. Franken vor.

Wie bereits angekündigt, folgt nun das Traktandum zwei zum Budget 2022, nämlich die Beratung des Berichts und Antrags der GPK betreffend den Nachtragskredit Einmalzulage Personal inklusive Gerichte, Schaffhauser Sonderschulen, Pädagogische Hochschule Schaffhausen und Spitäler Schaffhausen mit der Amtsdruckschrift 21-98.

GPK-Präsidentin Eva Neumann (SP): Ich glaube, ich muss nicht mehr viel sagen. Wir haben das ja schon ausführlich diskutiert und ich denke, wir könnten direkt zur Abstimmung übergehen.

Regierungsrätin Cornelia Stamm Hurter (SVP): Uns wäre es natürlich lieber gewesen, wenn man unseren Antrag mit einem halben Prozent struktureller Lohnerhöhung angenommen hätte. Das ist jetzt nicht geschehen. Aber wir gehen nach dem Motto «lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach» und können uns mit diesem Vorschlag einverstanden erklären.

Matthias Freivogel (SP): Wir schliessen uns der Erklärung der Regierung an und sind der Meinung, dass für das Personal etwas gemacht werden muss. Es ist nicht in Ordnung, dass nichts gemacht wurde mit strukturellen Massnahmen. Das wird uns einholen. Aber nichtsdestotrotz gilt es jetzt, diesem Antrag zuzustimmen.

Abstimmung

Mit 53 : 2 Stimmen wird dem Beschluss betreffend Nachtragskredit Einmalzulage Personal (inkl. Gerichte, Schaffhauser Sonderschulen, Pädagogische Hochschule Schaffhausen und Spitäler Schaffhausen) zugestimmt.

Schluss der Sitzung: 21:30 Uhr

Nachnamen	Vornamen	Fraktionen	Parteien	Abst. 1	Abst. 2	Abst. 3	Abst. 4	Abst. 5	Abst. 6	Abst. 7	Abst. 8	Abst. 9	Abst. 10	Abst. 11	Abst. 12	Abst. 13
Aellig	Pentti	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein		Ja	Ja	Enth	Ja	Enth	Ja	Nein
Alaye	Mayowa	GLP-EVP	GLP	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Böhni	Ulrich	GLP-EVP	GLP	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Brenn	Franziska	SP	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Bringolf	Lukas	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja		Ja	Nein	Enth	Ja	Ja	Ja	Ja
Bucher	Tim	GLP-EVP	GLP	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N		V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
Capaul	Urs	AL-GRÜNE-JUNGE GRÜNE	GRÜNE	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
De Ventura	Linda	AL-GRÜNE-JUNGE GRÜNE	AL	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Derksen	Theresia	FDP-Die Mitte	Die Mitte	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Di Ronco	Christian	FDP-Die Mitte	Die Mitte	Ja	Ja	Nein	Nein	Enth		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Eichenbeiger	Iren	AL-GRÜNE-JUNGE GRÜNE	GRÜNE	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Erb	Samuel	SVP-EDU	SVP Senioren	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Faccani	Diego	FDP-Die Mitte	FDP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja		Ja	Enth	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
Fehr	Markus	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Floretti	Maitano	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Flubacher Ruedlinger	Melanie	SP	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Freivogel	Matthias	SP	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Enth		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Frick	Matthias	AL-GRÜNE-JUNGE GRÜNE	AL	Nein	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N		V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
Graf	Hansueli	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja		Ja	Nein	Ja	Enth	Nein	Ja	Ja
Gruhler Heinzer	Irene	SP	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Hedinger	Beat	FDP-Die Mitte	FDP	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N		V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N	V/A/N
Herren	Nicole	FDP-Die Mitte	FDP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Heydeckler	Christfan	FDP-Die Mitte	FDP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Hirsiger	Herbert	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein		Ja	Enth	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Holz	Walter	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja		Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
Isliker	Arnold	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein		Ja	Ja	Ja	Enth	Ja	Ja	Ja
Knapp	Hannes	AL-GRÜNE-JUNGE GRÜNE	AL	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Lacher	Stefan	SP	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Laich	Lorenz	FDP-Die Mitte	FDP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Looser	Gianluca	AL-GRÜNE-JUNGE GRÜNE	JUNGE GRÜNE	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Meyer	Daniel	SP	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Montanari	Marcel	FDP-Die Mitte	FDP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein		Ja	Ja	Enth	Ja	Ja	Ja	Ja
Müller	Roland	AL-GRÜNE-JUNGE GRÜNE	GRÜNE	V/A/N	V/A/N	Ja	Ja	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Müller	Andrea	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Müller	Markus	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein		Ja	Enth	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Müller	Bruno	SP	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja		Ja	Enth	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Mundt	Michael	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Neutkomm	Peter	SP	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Neumann	Eva	SP	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Passafaro	Marco	SP	SP	Nein	Nein	Enth	Ja	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Pfalzgraf	Maurus	AL-GRÜNE-JUNGE GRÜNE	JUNGE GRÜNE	V/A/N	Nein	Ja	Nein	Nein		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Portmann	Patrick	SP	SP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
Preisig	Daniel	SVP-EDU	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja

ungültige Abstimmung

Nr.	Sämtliche Abstimmungen beziehen sich auf die Beratungen rund um das Budget 2022	Betreff	Abstimmung	Stimmen
Abstimmung 1	Lohnsumme Antrag GPK: 1%; 0.5% Mutationsgewinn und 0.5% Lohnentwicklungsmassnahmen Antrag RR: 1.5%; 0.5% Lohnentwicklung, 0.5% Mutationsgewinn und 0.5% strukturelle Lohnentwicklung.	Lohnmassnahmen	Ja 31 Nein 25 Enth 0 V/A/N 4 Total 60 Ja bedeutet Zustimmung Antrag GPK Nein bedeutet Zustimmung Antrag Regierungsrat	
Abstimmung 2	Festlegung Steuerfuss natürliche Personen Antrag GPK: 94% Antrag RR: 98%	Festlegung Steuerfuss natürliche Personen	Ja 31 Nein 25 Enth 0 V/A/N 4 Total 60 Ja bedeutet Zustimmung Antrag GPK Nein bedeutet Zustimmung Antrag Regierungsrat	
Abstimmung 3	Festlegung Steuerfuss juristische Personen Antrag RR: 98% Antrag Marcel Montanari: 94%	Festlegung Steuerfuss juristische Personen	Ja 45 Nein 11 Enth 1 V/A/N 3 Total 60 Ja bedeutet Zustimmung Antrag Regierungsrat Nein bedeutet Zustimmung Antrag Marcel Montanari	
Abstimmung 4	Festlegung Steuerfuss juristische Personen Antrag GPK: 102% Antrag RR: 98%	Festlegung Steuerfuss juristische Personen	Ja 19 Nein 38 Enth 0 V/A/N 3 Total 60 Ja bedeutet Zustimmung Antrag GPK Nein bedeutet Zustimmung Antrag Regierungsrat	
Abstimmung 5	Festlegung Rebsteuer auf 1 Franken pro Are	Festlegung Rebsteuer	Ja 41 Nein 12 Enth 4 V/A/N 3 Total 60	
Abstimmung 6		<i>Ungültige Abstimmung</i>		
Abstimmung 7	Zustimmung Verpflichtungskredite Zulasten Erfolgsrechnung: 8'631'900 Franken Zulasten Investitionsrechnung: 9'638'000 Franken	Zustimmung Verpflichtungskredite	Ja 57 Nein 0 Enth 0 V/A/N 3 Total 60	
Abstimmung 8	Zustimmung Zusatzkredit von max. 900'000 Franken für Projekt «Ersatz mechanische und elektrische Werkstätten» von Tiefbau Schaffhausen	Zustimmung Zusatzkredit	Ja 48 Nein 5 Enth 4 V/A/N 3 Total 60	

Abstimmung 9	Zustimmung Verbleib BBZ in der Genossenschaft Softwareentwicklung Berufsbildender Schulen (SEBBS) mit den entsprechenden Kostenfolgen	Zustimmung Verbleib BBZ in SEBBS	Ja Nein Enth V/A/N Total	51 2 4 3 60
Abstimmung 10	Genehmigung Globalkredit für die Spitäler Schaffhausen in Höhe von 63'020'000 Franken	Genehmigung Globalkredit für SSH	Ja Nein Enth V/A/N Total	54 1 2 3 60
Abstimmung 11	Genehmigung Budgets folgender Spezialverwaltungen: KSD, Interkantonales Labor, Kantonale Familienausgleichskasse, Kantonaler Sozialfonds und Bauernkreditkasse	Genehmigung Budgets 2022 Spezialverwaltungen	Ja Nein Enth V/A/N Total	52 2 3 3 60
Abstimmung 12	Genehmigung Budget 2022	Genehmigung Budget	Ja Nein Enth V/A/N Total	36 21 0 3 60
Abstimmung 13	Beschluss betreffend Nachtragskredit Einmalzulage Personal (inkl. Gerichte, Schaffhauser Sonderschulen, Pädagogische Hochschule Schaffhausen und Spitäler Schaffhausen)	Zustimmung	Ja Nein Enth V/A/N Total	53 2 0 5 60

1264

P. P. **A**
8200 Schaffhausen